

# Wasser in kommunaler Hand

## Kreistag spricht sich geschlossen gegen Privatisierung aus

**Landkreis** – „Trinkwasser darf kein Handelsgut werden.“ Das forderte Landrat Jakob Kreidl (CSU) jüngst im Kreistag. Die Kreisräte hatte er dabei geschlossen hinter sich: Einstimmig sprach sich das Gremium für eine Resolution gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung aus.

Der Gedanke war im Umweltausschuss aufgekeimt. Dort hatte Georg Kleeblatt (FWG) eine entsprechende Protestnote angeregt (wir berichteten). Hintergrund: Die EU-Kommission plant, Dienstleistungskonzessionen dem Vergaberecht zu unterwerfen. Städte, die über ihren Zuständigkeitsbereich als Wasserversorger auftreten und damit 20 Prozent des Umsatzes erzielen, müssten dann die Wasserversorgung ausschreiben. Der Wettbewerb mit privaten Versorgern

droht. Die Bundesregierung hatte dieser schärferen Fassung der Richtlinie zugestimmt – ehe es erste Proteste hagelte. Mittlerweile arbeitet die EU wieder an einer Abschwächung zugunsten der Kommunen.

„Der Landkreis könnte auch betroffen sein, weil die Stadt München einen Großteil ihres Trinkwassers bei uns fördert“, berichtete Kreidl. „Theoretisch besteht also die Gefahr, dass wir es hier plötzlich mit einem Konzern, beispielsweise aus Frankreich, zu tun haben.“ Die kommunalen Spitzenverbände hätten mit Resolutionen schon Akzente gesetzt. Es schade aber auch nicht, „wenn sich der Kreistag des Landkreistagspräsidenten positioniert“.

Quer durch die Fraktionen herrschte Übereinstimmung. Martin Walch (SPD) bedauerte, dass sich die Bundesre-

gierung bislang nicht energischer gegen die neue Richtlinie gestemmt habe. Heinrich Schwabenbauer (CSU) erkannte große Gefahr fürs Bauernland. „Unsere Grundstücke sind massiv von der Grundwasserentnahme betroffen“, machte er deutlich. „Wir müssen rechtzeitig Druck von unten aufbauen.“

Am aussichtsreichsten sei es, so Roland Klebe (Grüne), wenn möglichst viele Bürger das erste europäische Bürgerbegehren unterstützen und auf [right2water.eu/de](http://right2water.eu/de) unterschreiben. Einen politischen Seitenhieb konnte sich Klebe – nachdem Kreidl den Schwarzen Peter zuvor FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler zugeschoben hatte – dann doch nicht verkneifen: „Auch Frau Verbraucher-schutzministerin Aigner hat das im Kabinett mit durchgewunken.“